

Das Schiff läuft aus dem Ruder, Teil 8

Warum die Konjunkturprogramme der Deutschen Regierung kläglich versagen.

Von Hermann Patzak

Im Prinzip hat der Staat zwei Möglichkeiten, den Wirtschaftsablauf seiner Volkswirtschaft zu beeinflussen:

Die Geld- und Währungspolitik und die Fiskalpolitik.

Für die Geld- und Währungspolitik sind heute die sogenannten Notenbanken zuständig. Sie sind angeblich unabhängig von den Regierungen der Staaten oder autonomen Währungsregionen (EU). Ihre vornehmste Aufgabe ist die Erhaltung des Geldwertes. Weiterhin ist es ihre Aufgabe, Vollbeschäftigung und Wirtschaftswachstum in ihrem Geltungsbereich positiv zu beeinflussen.

Das erreichen die Notenbanken durch Änderungen des Leitzinses (Diskontsatzes) oder Änderung der Geldmenge. In einer Rezession (Konjunkturreinbruch) geschieht dies konkret durch Zinssatzsenkungen bzw. Erhöhung der Geldmenge.

In dieser Krise haben die Notenbanken die Möglichkeit der Zinssatzsenkungen nahezu komplett ausgereizt. Ihnen verbleibt zusehends nur noch die Möglichkeit, durch Erhöhung der Kredite an die Geschäftsbanken die Geldmenge zu erhöhen, um die Nachfrage nach Konsum- und Investitionsgütern zu beleben.

Als fiskalpolitische Mittel: stehen den souveränen oder nur noch teilsouveränen Staaten wie in der EU die Senkung der Steuern und die Erhöhung der Staatsausgaben zur Verfügung. Damit soll die Nachfrage nach Konsum- und Investitionsgütern (Maschinen) gesteigert werden.

Schauen wir uns an, was eine Regierung in einem Staat konkret [tun](#) kann. Sie hat die Möglichkeiten:

1. zusätzliche staatliche Konsumausgaben tätigen (Zahl Beamten erhöhen) oder
2. zusätzliche Staatsinvestitionen tätigen – Infrastrukturinvestitionen (Straßen, Schulen z.B.).
3. Sie kann private Investitionen der Unternehmen erleichtern durch Senkung der Unternehmenssteuern z.B. oder
4. die Bürger durch Steuersenkungen entlasten, damit sie mehr ausgeben (Konsumsteigerung) oder
5. sie kann direkte Zuweisungen (Transferzahlungen) an Haushalte erhöhen (Kindergeld z.B.).

In jedem Fall muß sich der Staat verschulden, um die zusätzlichen Ausgaben zu bezahlen bzw. die Steuermindereinnahmen auszugleichen.

Bei den neoliberalen Puritanern des reinen angewandten Kapitalismus stellt dies seit geraumer Zeit ein Sakrileg dar. Sie jammern von der Schuldenlast, die künftige Generationen abtragen müßten.

Doch die Alternative wäre ein Einkommensverlust heute, in Folge der Krise, den künftige Generationen ja auch erst einmal abarbeiten müßten.

Deshalb stellt sich bei der Debatte über den Vorteil oder Nachteil von Staatsverschuldungen die eigentliche Frage: Was ist größer? Die Einkommensverluste von heute, die sich ergeben würden, wenn der Staat keine Schulden macht oder die Schuldentrückzahlung auf einem

Volkseinkommensniveau, das wesentlich höher liegt – weil die Schuldenaufnahme das Absacken des Volkseinkommen verringert hat.

Diese Frage wird von den Dogmatikern des neoliberalen Totalkapitalismus nicht gestellt. Auch die wohlbestallten Beamten auf den Lehrstühlen unserer Universitäten und Hochschulen gehen auf diese Frage nicht ein.

Das Konjunkturpaket 1

Der Sachverhalt

Großspurig verkündete die Bundeskanzlerin am 03.11.2008, das Konjunkturpaket 1 der Regierung werde in den beiden kommenden Jahren einen Impuls von 50 Milliarden Euro geben.¹ Schauen wir uns die konkreten Maßnahmen dieses ersten Konjunkturprogramms an:

1. Die Kraftfahrzeugsteuer für Neuwagen wird eine Zeitlang ausgesetzt;
2. die Privathaushalte können bei Handwerkerrechnungen mehr Steuern sparen;
3. höheres Kindergeld und höherer Kinderfreibetrag sollen die Haushaltskasse erhöhen;
4. Ab 2009 wird die Arbeitslosenversicherung auf 2,8 Prozent gesenkt.
5. Ab 2010 sollen die Krankenversicherungsbeiträge steuerlich stärker berücksichtigt werden.

Zu allererst muß eines festgestellt werden: Wenn die Konjunktur Ende 2008 und Anfang 2009 einbricht, dann können Ausgabesteigerungen zur Verhinderung dieses Einbruchs, die erst in der Mitte des Jahres 2009 oder erst 2010 einsetzen, gar nichts bewirken.

Schaut man die konkreten geplanten Zahlungen an, die zum Teil erst in der zweiten Jahreshälfte 2009 oder für Jahr 2010 geplant waren, so ergibt sich folgendes Bild:

in Mrd. Euro	2009	2010
Investitionen Verkehr energieeffizientes Bauen	1,3	1,4
Steuermind. Priv. Haushalte	0,4	1
Steuerminderung für Unternehmen	2,2	4,7
Summe	3,9	7,1
Summe beide Jahre	11	
Multiplikator (durchschnittlicher):	4,545	
erwünschtes zusätzliches Einkommen	50	

Die Regierung rechnet mit einem durchschnittlichen Multiplikator von **4,545**. Sie geht davon aus, daß für beide Jahre infolge der zusätzlichen staatlichen Ausgaben, bzw. des Impulses für Privathaushalte und Unternehmen in den Jahren 2009 bis 2010 eine Erhöhung des Volkseinkommens um $4,545 \times 11 = 50$ Mrd. Euro entsteht. Das ist im Ansatz schon falsch, denn die Krise reißt bereits Ende 2008 und Anfang 2009 weit größere Löcher als die mickrigen 3,9 Mrd. Euro, die für das Jahr 2009 geplant wurden, stopfen können.

	zus. Nachfrage		Multiplikator	=	SozProd +
Jahr 2009	3,9	*	4,545	=	17,73
Jahr 2010	7,1	*	4,545	=	32,27
					50,00

¹ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 03.11.2008 Seite 11.

Den zusätzlichen Ausgaben im Jahr 2009 in Höhe von 3,9 Mrd. Euro, die ein zusätzliches Volkseinkommen von 17,7 Mrd. Euro erzeugen sollen, stehen im Jahr 2009 zu erwartende Einkommenseinbußen gegenüber, die viel höher sind. Das läßt sich einfach nachweisen:

Die Multiplikator-Formel:

Der [Multiplikator](#) gehört zum Grundwissen in der Volkswirtschaftslehre. Das Phänomen und seine Beschreibung fehlt seit der großen Weltwirtschaftskrise in keinem Grundlagen-Lehrbuch! Jetzt in der zweiten großen Weltwirtschaftskrise melden sich einige Ökonomen, die seine Geltung bestreiten.

In der allgemeinen Schreibweise lautet die Multiplikatorformel:

$$S_n = \frac{dI}{1 - c - m} = \frac{dI}{(1 - c) - m} = \frac{dI}{s - m}$$

Dabei ist s die marginale Sparquote und m die marginale Investitionsquote. Der Multiplikator, in Höhe von **4,545**, mit dem die Experten der Bundesregierung rechnen, wird in den weiteren Rechnungen übernommen.

Wie groß müßte der staatliche Impuls für die Deutsche Wirtschaft sein

um den zu erwartenden Einbruch auszugleichen?

Wie war die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts in den letzten Jahren und wie groß ist das [Bruttoinlandsprodukt](#) im Jahr 2008?

Definition: Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist der Wert der im Inland hergestellten Waren und Dienstleistungen (Wertschöpfung), soweit diese nicht als Vorleistungen für die Produktion anderer Waren und Dienstleistungen verwendet werden (Definition des Bundesamtes für Statistik).

Bruttoinlandsprodukt/Jahr	Veränd. %	Mrd. €
2006		2.321,50
2007	4,37%	2.422,90
2008	2,85%	2.492,00

Wie waren die Prognosen für das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2009?

Prognosen Ende 2008	Veränderung in 2009	
Deutsche Bank, 05.12.2008:	-4,00%	-99,68
IFO München, 12.12.2008	-2,20%	-54,82
Bundesregierung, Mitte Dez.2008	-3,00%	-74,76
Bundesregierung, 06.12.2008	-1,00%	-24,92

Die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes² in den 4 Quartalen 2008:

Veränderung des	Quartal	Veränd. %
Bruttoinlandsproduktes in 2008	1	1,50%
	2	-0,50%
	3	-0,50%
	4	-2,10%

² Bundesamt für Statistik

Die Tabelle zeigt, daß sich die Rezession sich bereits im Jahr 2008 stetig beschleunigt hat! Die Absatz- und Umsatzzahlen, sowie der Rückgang der Auftragseingänge insbesondere im vierten Quartal quer durch alle Branchen der deutschen Wirtschaft haben das überdeutlich gemacht. Wie konnte die Bundesregierung noch am 12. Dezember davon ausgehen, daß die Wirtschaft im Jahr 2009 nur um 1 Prozent einbrechen würde? Wenige Tage zuvor, noch Anfang Dezember, hat sie in der Öffentlichkeit sogar noch bekundet, daß sie ein positives Wachstum von 0,2 Prozent erwarte! Es steht völlig außer Frage, daß die Deutsche Regierung unangemessen und verantwortungslos gehandelt hat.

Wie groß hätte der Anstoß der Staatsausgaben sein müssen, um den zu erwarteten Rückgang aufzufangen?

Prognosen Ende 2008			notwendiger Anstoß	es fehlen	in Prozent
Deutsche Bank, 05.12.2008:	-4,00%	-99,68	21,932	-18,03	-462%
Deutsche Bundesbank, 06.12.2008	-0,80%	-19,94	4,386	-0,49	-12%
IFO München, 12.12.2008	-2,20%	-54,82	12,062	-8,16	-209%
Bundesregierung, Mitte Dez.2008	-3,00%	-74,76	16,449	-12,55	-322%
Bundesregierung, 06.12.2008	-1,00%	-24,92	5,483	-1,58	-41%
Effektiver Anstoß, Konj.Paket 1			<u>3,900</u>		

Mit dem sogenannten Konjunkturpaket 1 hat die Deutsche Regierung einen einmaligen Anstoß zur Erhöhung des Bruttoinlandsproduktes in Höhe von 3,9 Mrd. Euro gegeben. Das ist selbst bei einer Minderung des Bruttoinlandsproduktes in Höhe von nur 1 Prozent um 41% Prozent zu wenig, um die prognostizierte Rezession (von nur 1 Prozent) verhindern zu können.

Die letzte Spalte der Tabelle zeigt, in welchem Ausmaß das Konjunkturpaket 1 sein Ziel verfehlt, wenn die Rezession 2,2%, 3% oder 4 Prozent Minderung des BIP verursachen würde.

Es hätte jedermann klar sein müssen, daß dieser Betrag nicht ausreichen konnte, den kommenden Wirtschaftseinbruch zu verhindern.

Das Urteil der mit Wirtschaftsfragen befaßten Medien über dieses Konjunkturpaket fiel dementsprechend aus. An diesem Ort sei nur eine Quelle zitiert: Heike Göbel, FAZ-Chefredakteurin für Wirtschaft, stellte fest³:

- „Union und SPD haben lediglich das zusammengetragen, was sie als Wahlgeschenk sowieso geplant hatten: hier eine Steuererleichterung zugunsten des Handwerks, dort eine zugunsten der Autoindustrie und günstigere Abschreibungsregeln für alle als Investitionsanreiz.
- Dann die üblichen subventionierten Kredite für den Mittelstand und Hilfen für die Bauwirtschaft, in Form ökologisch korrekter Gebäudesanierung.
- Flankierend wird das Kurzarbeitergeld auf eineinhalb Jahre verlängert. Das alles hilft nicht viel, weil es in erster Linie Mitnahmeeffekte produziert.“
- Zusammenfassend stellt Heike Göbel fest: „Wäre die Lage wirklich so schwarz, wäre das geplante Konjunktursammelsurium wohl kaum die angemessene Antwort. Unternehmen investieren in unsicheren Zeiten nicht, weil neue Abschreibungsregeln die Steuerlast nach

³ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 03.11.2008 Seite 11.

hinten schieben oder niedrige Realzinsen noch weiter heruntersubventioniert werden, sondern dann, wenn sie für ihre Produkte einen Markt sehen.“

Gerade die letztgenannte Erkenntnis ist ein ganz gravierender Punkt der Kritik, sowohl an den Maßnahmen der Konjunkturpaketes 1 als auch an denen des Konjunkturpaketes 2, wie wir noch sehen werden. Wir wollen die Kritik noch anschaulicher formulieren:

- Kein Unternehmer investiert in neue Maschinen, wenn die alten nur halb ausgelastet sind, bloß weil er zusätzliche Maschinen günstiger abschreiben und somit momentan Steuern sparen könnte! Die sind ja ohnehin schon niedrig, wenn er keinen oder nur geringen Gewinn macht.
- Entscheidende Hilfe kann nur aus zusätzlichen Investitionsausgaben des Staates kommen, der die Unternehmen veranlaßt, mehr zu produzieren, wodurch insgesamt mehr Einkommen entsteht und
- wenn mit dem sicheren Einkommen den Haushalten die Sorge um die Zukunft genommen wird, wodurch die steigende Zuversicht die Nachfrage erhöhen und das Sparen sinken läßt.

Das Konjunkturpaket 1 war völlig unzureichend, es konnte von Anfang an das vorgegebene Ziel – den Wirtschaftseinbruch aufzuhalten – nicht erreichen.

Die Wendehals-Politik einer überforderten Deutschen Kanzlerin Merkel:

In den letzten Wochen des alten und den ersten Wochen des neuen Jahres (2009) offenbarte die Kanzlerin mit ihren öffentlich dokumentierten Worten, daß sie den Anforderungen der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung nicht gewachsen ist. Die nach dem Anschluß der DDR so viel zitierte Wendehalspolitik ist ihr in Fleisch und Blut übergegangen:⁴

Am **19. Oktober**, also noch vor der Verabschiedung des ersten Konjunkturpakets, sagt sie, daß sie nichts von „beliebigen breit gestreuten Konjunkturprogrammen“ halte. Danach machte sie sich ans Werk zum ersten Konjunkturpaket!

Am **23. November** wandte sich Frau Merkel **gegen Steuersenkungen** mit Verweis auf die steigende Staatsverschuldung: „Wir sind jetzt bei einer Nettoneuverschuldung von über 18 Milliarden Euro“.

Nach der Verabschiedung des 1. Konjunkturprogramms hob sie gerade die Steuersenkungen hervor. Sie lobte sich sogar für die Wiedereinführung der Pendler-Pauschale, die das Bundesverfassungsgericht erzwungen hatte.

Von einem zweiten Konjunkturpaket wollte sie nach der Verabschiedung des 1. Paketes nichts wissen. Doch nach und nach wurde klar daß dieses zweite Paket notwendig werden würde.

Am **30. November** sagte Angela Merkel, es sei „Unsinn, jetzt etwa neue Straßenbaumittel einzustellen“. „Das ergibt auch konjunkturpolitisch keinen Sinn.“ Beim Wahlbürger wollte sie mit der Bemerkung punkten: „Die Steuerzahler sind meine Verbündeten!“

Am **1. Dezember** sagte sie: „Wir können die Staatsverschuldung nicht hochtreiben, nur um das Gefühl zu haben, wir hätten etwas gemacht. Puren Aktionismus wird es mit mir nicht geben. Ich setze auf Augenmaß statt Augenwischerei.“

⁴Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14.01.2009 Seite 2

Am gleichen Tag prägte Merkel auf dem Stuttgarter CDU-Parteitag das Bild von der schwäbischen Hausfrau, deren Lebensweisheit sei: „Man kann nicht auf Dauer über seine Verhältnisse leben.“

Am **4. Dezember** lehnte die Bundeskanzlerin es ab, über weitere konjunkturfördernde Maßnahmen und Steuersenkungen zu spekulieren.

Doch schon am **16. Dezember** kündigte Frau Merkel das zweite Konjunkturpaket mit den Worten an: „Ich denke, daß da noch mal einige Milliarden zustande kommen.“

Am **19. Dezember** sagte die Kanzlerin, ein zweites Konjunkturpaket solle vor allem dem Ausbau der Infrastruktur gelten.

Am **11. Januar** hieß es von ihr: „Ich halte einen Einstieg in eine Korrektur der kalten Progression konjunkturell und strukturell für richtig,“ d.h. also, daß Steueränderungen, Staatsausgabensteigerungen und eine höhere Staatsverschuldung für richtig halte. Gerade das hatte sie in den Wochen zuvor vehement abgelehnt.

Von Beginn an hatte sie gesagt, sie halte sich „alle Optionen offen, alle“. Sie hätte ehrlicher gesagt, „was kümmert mich mein Geschwätz von gestern, wenn ich heute sehe, daß es falsch war.“

Das Konjunkturpaket 2

Das Vorgeplänkel:

Seit Mitte Dezember 2008 war, entgegen der öffentlichen Beteuerungen klar, daß die Deutsche Regierung ein zweites Konjunkturprogramm werde auflegen müssen. Die Prognosen für das kommende Wirtschaftsjahr hatten sich zunehmend und mit anschwellender Tendenz verschlechtert.

Die Prognosen im Frühjahr 2009

Am 15.12.2008 war die Bundesregierung noch immer von einer Steigerung des Bruttoinlandsproduktes im Jahr 2009 in Höhe in Höhe 0,2 Prozent ausgegangen. Allerdings zitiert Der Spiegel zu diesem Zeitpunkt auch einen Vermerk des Bundeswirtschaftsministeriums, daß die deutsche Wirtschaft um drei Prozent schrumpfen könne.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) prognostizierte am 17.02.09 eine Rezession von 3 Prozent. Sein Präsident, Klaus Zimmermann, der bereits im Dezember 2008 mit -1,1 Prozent den niedrigsten Rückgang prognostizierte, hatte sich ursprünglich geweigert, weitere Prognosen abzugeben⁵, weil die Prognoseinstitute seiner Ansicht nach sich krampfhaft bemüht hätten, sich gegenseitig mit negativen Prognosen zu übertrumpfen.

Das Kieler Institut für Weltwirtschaft erwartet 3,7 Prozent Minus,

das Institut für Wirtschaftsforschung in Halle 4,8 Prozent Minus,

die Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD) geht von 5,3 Prozent Minus aus.

Die Commerzbank erwartete ein Schrumpfen der deutschen Wirtschaft um bis zu 7 Prozent.⁶

⁵ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17.02.2009 Seite 13.

⁶ Sämtliche Prognosen aus Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15.04.2009 Seite 11.

Das Konjunkturpaket 2:

Am 22.02.09 stimmte der Bundesrat dem Konjunkturpaket 2 zu. Auch die FDP war letztendlich dafür, obwohl ihr Vorsitzender Westerwelle in der Parlamentsdebatte die Koalition heftigst angegriffen hatte.

Die Medien berichteten, daß dieses zweite Paket insgesamt Ausgabensteigerungen und Steuersenkungen in Höhe von 50 Milliarden Euro vorsehe. Und wieder ging es gar nicht um einen einmaligen Anstoß zur Erzeugung eines Gegengewichts zu dem immer schneller werdenden Wirtschaftseinbruch. Mit einem über zwei Jahre anhaltenden „Geklecker“ von punktuellen Steuersenkungen und Ausgabensteigerungen will man der Krise Herr werden.

Schauen wir uns die Maßnahmen im einzelnen an:

	2009	2010	Summe
Deutschlandfonds	11,667	1,667	13,334
Bundesinvestitionen	2,000	2,000	4,000
Kinderbonus 100 €	1,800		1,800
Erhöhung KiGeld 01.07.09	0,176	0,346	0,522
Weiterbild.Umschulung	0,710	1,260	1,970
Erweiterung Weiterbildung	0,070	0,070	0,140
Qualifizg. von ArbNehmern	0,200	0,200	0,400
Sozialversich. Kurzarbeiter	1,000	1,100	2,100
Zus.Kosten für Vermittlg.	0,400	0,400	0,800
Darlehen an Arb.Agentur		1,000	1,000
KfZ-Steuerminderung	0,170	0,170	0,340
Abwrackprämie	1,500		1,500
Innovative Antriebstechn.	0,250	0,250	0,500
Innovationen für Mittelstd.	0,450	0,450	0,900
Bundesgarantie - evtl.	1,000	1,000	2,000
GesKV- Senkung Beitrag	3,000	6,000	9,000
Steuern	2,890	6,058	8,948
	27,283	21,971	49,254

Angela Merkel lobte sich und die Regierung. Wörtlich: „So wird es uns gelingen, daß Deutschland stärker aus der Krise herauskommt, als es hineingegangen ist“.

Wenn man die Summe der Ausgabenerhöhungen und Steuerminderungen im Jahr 2009 in Höhe von 27,283 Mrd. Euro heranzieht und mit Hilfe des Multiplikators ihre Auswirkung auf das gesamte Volkseinkommen berechnet, so kommt man tatsächlich zu einem Ergebnis, das der Kanzlerin Recht geben könnte:

Schauen wir uns das Paket 2 also genauer an. Auf den ersten Blick fällt auf:

Es werden nicht 50 Mrd. Euro, sondern im Jahr 2009 nur rund 27 Mrd. angesetzt. Die Ausgaben, die im Jahr 2010 getätigt werden, können nicht die Konjunktur im Jahr 2009 stützen. Und bei diesen Ausgaben für das Jahr 2009 ist zu berücksichtigen, daß sie

- zum größten Teil nicht am Anfang des Jahres 2009 getätigt werden, sondern erst nach und nach, zum Teil sogar erst in der zweiten Jahreshälfte 2009. Folgende Änderungen werden erst ab 01.07.09 fällig:
 - Anhebung des Grundfreibetrags von 7.664 auf 8004 €
 - Senkung des Eingangssteuersatzes von 15 auf 14%

- Anhebung des Regelsatzes für Kinder von Langzeitarbeitslosen von 60 auf 70%
- Umstellung der Kfz-Steuer von Hubraum auf CO₂-Ausstoß.⁷
- Es ist zu berücksichtigen, daß von den an die Haushalte ausgezahlten Transferzahlungen oder den gewährten Steuerminderungen in Krisenzeiten erheblich weniger ausgegeben wird, weil die Haushalte einen erheblichen höheren Risiko- oder Vorsorgebetrag behalten werden. Das Phänomen wird in der Literatur als Haavelmo -Theorem bezeichnet.
- Es ist zu berücksichtigen, daß die Abwrackprämien für den Erwerb neuer Kraftfahrzeuge zum überwiegenden Teil gar nicht der deutschen Wirtschaft, sondern ausländische Produzenten zu gute kommen.
- Es ist zu berücksichtigen, daß die Investitionsträger (Kommunen, Länder und auch der Bund) gar keine ausreichenden Investitionspläne in der Schublade haben, um die zur Verfügung gestellten Gelder sinnvoll auszugeben.⁸

Betrachten wir das Problem der fehlenden Investitionsplanungen detailliert. Zunächst die Frage, um wieviel Geld es dabei geht:

- Gut ein Drittel der Gesamtausgabensteigerung soll in die Infrastruktur fließen, das sind 27,3 Mrd. € : 3 = rund 9 Mrd. Euro im Jahr 2009.
- Investitionsobjekte sind: Schulen, Universitäten, Kindertagesstätten und Straßen etc.
- Im Sommer sollen die Bauunternehmen die Projekte bereits beginnen. Die Hälfte der Projekte muß laut Gesetz vor dem 31. Dezember begonnen werden.
- Kommunen müssen neue Etats erstellen, bei den Ländern (Regierungen) einreichen und genehmigen lassen.
- Das Gesetz der Bundesregierung erlaubt nur zusätzliche Ausgaben zu fördern.
- Es ist noch zu klären, wie hoch der Eigenanteil der Kommunen sein muß und woher die Kommunen das nötige Geld nehmen sollen.
- Auch ist zu klären, wie finanzschwachen Kommunen bei der Kofinanzierung geholfen werden kann.
- Je länger die Investitionsausgaben hinausgezögert werden, desto geringer ist der zu erwartende Konjunkturimpuls.
- Das Problem liegt in jedem Fall in der notwendigen Ad-Hoc-Investitionsplanung. Bei einer gewöhnlichen Schulhaussanierung z.B. wird bei laufendem Schulbetrieb saniert, es müssen Ausweichpläne und evtl. Ersatzbauten eingeplant werden erst dann kann das Bauprojekt „Schulsanierung“ ausgeschrieben werden.

Eines ist klar: Von den geplanten 9 Mrd. Euro Investitionsausgaben kann auf keinen Fall ein Multiplikator-Effekt von 4,54 im Jahr ausgehen, weil die Mehrzahl der Ausgaben erst in zweiten Hälfte wirksam wird und weil gar nicht sicher ist, daß die geplanten 9 Mrd. Euro im ersten Jahr wirklich ausgegeben werden können.

- Die Problematik Kurzarbeit, für die 1 Mrd. Ausgaben geplant sind:

Im Vergleich zu zusätzlichen Investitionsausgaben entsteht bei der Kurzarbeit kein zusätzliches Einkommen, sondern weniger Einkommen, weshalb von vornherein nur weniger Ausgaben (für Konsum) getätigt werden. Hinzu kommt, daß die Sparquote aus dem Kurzarbeiter-Einkommen größer ist, weil die Risikovorsorge für den Fall des vollen Arbeitsplatzverlustes ansteigt.

⁷ FAZ.NET, 15.01.09.

⁸ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 31.01.2009 Seite 13

Aus den aufgezählten Erwägungen geht hervor, daß der Multiplikator aus der Staatsausgabensteigerung in Höhe von 27,3 Mrd. Euro in keinem Fall mit 4,545 angenommen werden kann.

Wenn also auf den ersten Blick der Eindruck erweckt wird, das zweite Konjunkturpaket könnte ausreichen, dem weiteren Absturz der deutschen Wirtschaft Einhalt zu gebieten, so ist das ein offenkundiger Trugschluß.

Auch am Beispiel der staatlichen Abwrackprämie für Kraftfahrzeuge soll verdeutlicht werden, wie stark der Multiplikator im konkreten Fall zusammenschmilzt. Für diesen Fall läßt sich ziemlich genau quantifizieren, um wieviel der tatsächliche Multiplikator kleiner sein muß.

Diese Thematik wird im nächsten Teil des Zyklus „Das Schiff läuft aus dem Ruder“ ausführlich behandelt.

© www.hpatzak.de 21.04.2009